

## Formel Weh

Er liest sich teilweise wie eine Liste von Schurkenstaaten: der aktuelle Formel-E-Kalender: Das erste Rennen fand erstmals in Saudi-Arabien statt. Über die US-hörigen, frauenfeindlichen, terror- und kriegslüsternen und -finanzierenden Ölscheichs braucht man nicht mehr viel zu sagen. Auch das in Marokko ist schon vorbei, der letzten Kolonialmacht Afrikas, welche immer noch widerrechtlich die West-Sahara besetzt und eine von der UNO geforderte Volksabstimmung über die Selbstbestimmung der Sahrauis immer noch verhindert. Gefahren wurde auf einer Strecke, die nach dem pubertierenden aktuellen Erbprinzen benannt ist, der damit wohl einen Bubentraum erfüllt bekam. Sieht so die Zukunft aus? Die Formel-E redet gerne von Zukunft, Fortschritt etc. Dann letztes Jahr: Zürich, Finanzplatz Nr. 1 in der Schweiz. Greenwashing meets Geldwäscherei. Und jetzt also das schöne, beschauliche, Unesco-Weltkultur-prämierte Bern. Unter Ausschluss von Stimmvolk und Wohnbevölkerung hat die sogenannte Rot-Grün-Mitte-Regierung zugesagt. Ganz unkritisch, gibt es immer noch Blauäugige aus dem Lager, die der Formel-E bezüglich Ökologie glauben.

Doch die Wahrheit ist eine andere. Auch hierzulande hätte man den Braten riechen können, als Ex-Freiheits- und Auto-Parteiler Ulrich Giezendanner, mittlerweile langjähriger SVP-Nationalrat, sich schon vor 5 Jahren für die Formel-E einsetzte, sein Bubentraum wäre natürlich ein GP der Formel 1 gewesen. Und Jahre vorher auch, als er – zwar noch ohne Erfolg – für eine Aufhebung des Rundstreckenrennverbots von 1955 weibelte, welches der Bundesrat damals erlassen hatte, als im Nachbarland über 80 Zuschauer\_innen ihr Leben verloren hatten an den 24 Stunden von Le Mans. Deshalb gibt es in der Schweiz heutzutage «nur» noch Bergrennen wie Saint-Ursanne–Les Rangiers im Jura oder hier das Rennen am Gurnigel, welches sinnigerweise seit 2011 direkt durch den «Naturpark



Gantrisch» blochen lässt und die Voralpenregion in Abgasschwaden und Motorengeheul hüllt. Doch für elektrische Mobilität gilt das Verbot nicht. Nicht mehr. Dank einem Buebetrickli, einer Ausnahmeregelung vom 1. April 2016. Kein Scherz! Leider.

Schon für den E-Prix in Zürich wurden die demokratischen Rechte überfahren. Auch in Bern lief es so: Das Stimmvolk und das Parlament wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Für Anwohner\_innen gibt es jetzt noch Infoveranstaltungen. Die Stadt Zürich wollte nach dem letztjährigen Rennen dieses Jahr nicht schon wieder, schloss es aber für später nicht aus. Deshalb war für die Saison 2019 wie auch schon 2016 zuerst Lugano im Gespräch, und dann eben Bern. Für nächstes Jahr ist schon von Genf die Rede. Dieser Wanderzirkus will uns zwei Dinge sagen: Einerseits verleidet es den Veranstaltungsstädten zum Teil recht schnell wegen dem hohen Aufwand, andererseits ist es gut für die Propaganda, diese immer anderswo zu veranstalten. Im Rahmen des Rennens, welches E-Mobilität explizit in die Städte reintragen will, gibt es ein grosses Rahmenprogramm von Herstellern, Forschung (ETH),

«Umwelt»organisationen (Myclimate) etc. Von Nachhaltigkeit wird dort viel geredet. Nachhaltig wäre die Formel-E vielleicht, wenn sie eine andere Rennserie, z.B. die Formel 1, ersetzt hätte. Stattdessen wurde eine neue geschaffen. Zusätzlich. Das nennt sich dann nachhaltiges Wachstum. Doch am besten ist immer noch kein Wachstum, auch kein «grünes». E-Mobilität sollte die fossile ersetzen wenschon, nicht der noch eins oben drauf setzen. Trotzdem geht es nicht ohne Reduktion und Verzicht. E-Mobilität in die Städte zu tragen, wäre schon gut, aber nicht individuelle, sondern die im öffentlichen Verkehr. Für Autos, auch wenn sie leise und auf den ersten Blick sauber sind, ist schon heute kein Platz. Für Bern würde das heissen, dass man den 10er-Bus nach Köniz/Schliern nach der Tramablehnung elektrifizieren müsste, als Trolleybus betreiben, dann könnte man auch Jumbo-Busse einsetzen wie beim 20er Richtung Wankdorf. Stattdessen stellt Bernmobil im Formel-E-Fieber den 17er nach Köniz Weiermatt auf Elektrobusse um, ohne Oberleitung. Doch dieser ist weniger effizient als ein Trolleybus, weil er nicht direkt gespiesen wird, sondern über eine Batterie, die an der Ladestation an der Endstation aufgeladen wird. Die zwischenzeitliche Speicherung bedeutet einen Effizienzverlust. Zudem wird für den Akku Lithium benötigt, dessen Abbau, z.B. in Bolivien, höchst problematisch ist.

Auch in der Formel-E gibt es natürlich Akkus. Diese Saison halten sie so lange, dass nicht zwei Autos pro Fahrer angeschleppt werden müssen. Bis zum letzten Jahr mussten die Fahrer in der Mitte des Rennens das Fahrzeug wechseln. Dazu haben sie auch noch mehr Leistung, statt 200 jetzt ganze 250 kW (340 PS) in der Qualifikation, im Rennen 200 statt 180 kW), was höhere Spitzengeschwindigkeiten bedeutet. Der Verbrauch nimmt exponentiell zu, genauer: im Quadrat zur Geschwindigkeit. Das heisst, wenn man doppelt so schnell fährt, braucht man viermal soviel Energie. Aufgeladen werden die Boliden nicht etwa am Stromnetz, da dazu die Kapazität nicht ausreichen würde, sondern an Generatoren, die mit Glycerin betrieben werden. Gleich mit Glycerin zu fahren, wäre effizienter und damit sauberer, wenn auch nicht so «sauber», wie mit dem ökologisch fragwürdigen «Bio»-Diesel zu fahren, um dessen Abfallprodukt es sich handelt. Deshalb gilt dieses Aufladeverfahren als klimaneutral. Ein Witz. Die graue Energie wird nicht gerechnet, vordergründig macht man auf grün.

## **Expansion und Frauenfrage**

Zum Glück gehören wir aber mit Marokko und Chile zu den Ausnahmen, welche nicht noch eine neue, zweite Serie im Vorprogramm beherbergen müssen. Jaguar I-Pace eTrophy heisst sie. Es handelt sich um elektrisch getriebene Zwitter zwischen SUV und Tourenwagen der obigen Marke / des obigen Modells. Sonst sind sie an jeder Destination des heurigen Kalenders anzutreffen. Mit dabei und erst noch ganz vorne ist Katherine Legge, die einzige Frau im Feld, die eigentlich für die Formel-E hätte fahren sollen und es früher auch schon tat. Noch immer sind Frauen kaum vertreten in diesem Sport. Das höchste der Gefühle diesbezüglich waren 2013 die 500 Meilen von Indianapolis, wo 4 von 33 Starter\_innen weiblich waren. Um dem Defizit nachzukommen, gibt es ab diesem Jahr noch eine weitere Rennserie, die Formel W, einzig für Frauen. Die frühere IndyCar-Kollegin von Legge, Pippa Mann, ist – wie andere Frauen – wenig begeistert davon, wenn auch nicht wie wir aus ökologischen Gründen. Der Automobilsport ist also auf dem Vormarsch. Jedes Jahr mehr Serien, jedes Jahr mehr Rennen. Man muss sich nur anschauen, wie sich der Kalender der Formel 1 entwickelt hat. Von einstellig in den Fünfigern bis zu über 20 Rennen pro Jahr heutzutage. In fünf Formel-E-Saisons ist die Anzahl von 10 auf 13 gestiegen. Michael Andretti, Formel-E-Teamchef und Mitglied einer Rennfahrerdynastie, wie es sie in den USA viele gibt, sagte einmal, dass die Formel-E geschafft habe, was vorher undenkbar war, nämlich ein Rennen inmitten des Big Apple zu veranstalten. Keine der grossen Rennserien wie Nascar oder IndyCar hat es geschafft, auch nur vor die Tore New Yorks zu gelangen.

Es kann auch kein Zufall sein, dass just in diesem Jahr eine Ausstellung im historischen Museum stattfindet über den Grand Prix der Schweiz in Bern, welcher bis zum Rundstreckenverbot ausgetragen wurde und für die Formel 1 zählte. Die guten alten Zeiten also, wo noch unbekümmert gebolzt werden durfte durch den Bremgartenwald, wo manche gerne eine Waldstadt bauen würden. Sowohl die Stadtregierung als auch das historische Museum zu Bern sind von der Burgergemeinde geprägt. Alec von Graffenried, der Stadtpräsident der Grünen Freien Liste (GFL, also Grünliberale

light) ist ein solcher Patrizier, Tuolo de Graffenried, Schweizer Fahrer zu dieser Zeit, nannte sich verbotenerweise sogar Baron. Ja, das waren noch Zeiten, als man noch keine Rücksicht auf Gesetze, Umwelt, das Volk nehmen musste, dem wohl alle Protagonisten nachtrauern. Das Volk wird immer noch ausgebootet, bezüglich Umwelt muss man nicht grün sein, ein grüner Anstrich reicht, und die Gesetze werden immer noch umgangen. Luzius Theiler, Stadtrat von den Grünalternativen (GaP, ehem. bekannt als GPB-DA), hat eine Beschwerde eingereicht, und schön aufgeführt, wie und wo die RGM-Stadregierung die eigenen Verordnungen bezüglich Umwelt und Verhältnismässigkeit umgeht und missachtet.

In einem andern Fürstentum, – mit Monarch\_innen, die ihre Titel noch nennen dürfen – Monaco, wird auch gefahren in der Formel-E. Alle zwei Jahre, sinnigerweise abwechselnd mit einem Oldtimerrennen. Allerdings nur auf einer verkürzten Strecke des legendären Formel-1-GPs von Monaco, welcher zwei Wochen danach stattfindet. Es fehlen die interessantesten Abschnitte wie Haarnadelkurve und Tunnel. Auch die Höhendifferenz ist dahin. Wenn also bezüglich Adelstitel Alec es nicht mit dem Monegassenfürsten aufnehmen kann, bezüglich Formel-E-Strecke schon: mit dem Gefälle beim Aargauerstalden und der Steigung beim Muristalden ist die Strecke viel spektakulärer.

Ayrton Senna verglich mal den GP von Monaco in Monte Carlo mit dem Fliegen eines Helis im Wohnzimmer. Das zeigt gut, wie sinnlos, gefährlich, laut und dreckig das Ganze in etwa ist. Bern ist da durchaus vergleichbar.

In Zürich wurden die wenigen Gratis-Zuschauer\_innenplätze regelrecht überrannt, private Gärten gestürmt etc. Dies blüht auch Bern. Die Trockenwiese von nationaler Bedeutung soll zwar tabu sein und der Rosengarten geschont werden, aber Platzprobleme wird es allemal geben und ohne Schaden wird es nicht ablaufen. Auch der Aufwand ist enorm: Hunderte von tonnenschweren Betonelementen mussten hergestellt, hingestellt, abgebaut werden, Strassen gesperrt, verbreitert, erhöht werden (um Trottoirkanten und Dolendeckel auszugleichen), Verkehrsinseln abgebaut und wieder montiert werden etc. In Bern wird es nicht anders sein. Man muss sich schon fragen, ob es wensschon nicht sinnvoller wäre,



auf permanenten, schon bestehenden Rennstrecken zu fahren. Am besten wäre es natürlich, auf das Rennen ganz zu verzichten, es wären damit 12 wie letztes Jahr. Mehr als genug. Doch dafür ist es wohl trotz Theilers Stimm- und Verwaltungsbeschwerde zu spät. Gegen die Macht des Geldes ist nicht anzukommen in diesem System. Die beiden langjährigen Seriensponsoren ABB und Bank Julius Bär kommen ja auch aus der Schweiz. Ersterer baut immer noch Staudämme, z.B. 24 in Malaysia, wo Regenwaldflächen verschwinden und die Penan-Ureinwohner\_innen vertrieben werden, letzterer ist spätestens seit/dank Whistleblower Rudolf Elmer allen als Steuerfluchthelfer bekannt.

Gründer und CEO der Formel-E ist Alejandro Agag, Mitglied der postfaschistischen «Volkspartei» (PP) in Spanien, für die er unter anderem auch im EU-Parlament war. Vorher war er auch schon in der zum Teil offen faschistischen (je nach Gusto nationalsozialistisch oder franquistisch) Jugendorganisation. Er ist Schwiegersohn von José María Aznar und war auch sein persönlicher Mitarbeiter, als dieser um die Jahrtausendwende für zwei Legislaturen Premierminister Spaniens war. Somit wurde Agag auch in den Korruptionsfall Gürtel reingezogen, der die PP und Aznar betraf, der daneben auch bekannt war als aktiver Klimawandellügner und Kolonialismusglorifizierer.

PdA Bern

## **Kapitalismus und Klimaschutz: zwei falsche Freunde**

Dauernd sprechen wir von einem System Change, doch was heisst das genau? Was kann mensch sich darunter vorstellen und wie erreichen wir den? Innerhalb des jetzigen Systems, indem wir einige Rahmenbedingungen schaffen, hier ein Pflasterli aufkleben und dort eine feine Regelung machen? Ist das genug? Nein, bei langem nicht! Was es braucht, ist eine radikale Veränderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise, oder sogar einen Neuaufbau!

Wir fordern, dass die Regierung den Klimanotstand ausrufen soll. Sie soll Gesetze und Verordnungen erlassen, die die weitere Zerstörung der Umwelt verhindern sollen. Klimaabkommen sind nichts Neues, 1997 gab es das Kyoto-Protokoll, 2015 das Pariser-Klimaabkommen usw. Sie versprechen uns eine klimafreundlichere Politik, doch mit dem Ergebnis ist wohl (fast) niemand hier zufrieden. Dass kaum eines der sowieso viel zu laschen Versprechungen eingehalten wurde, haben wir nicht unserer Eigenverantwortung, sondern dem System zu verdanken.

Wir leben in einer Welt, in der Profit, wie ein Kompass, der Orientierung dient. Es geht nicht um die Bedürfnisse der Menschen, sondern vielmehr um die Maximierung des Gewinns. Die Firmen und deren CEO's stehen in Konkurrenz zueinander, sie müssen dafür sorgen, dass sie möglichst billige Ressourcengewinnung und Produktion sicherstellen können. Sie folgen somit der Logik der aktuellen, kapitalistischen Wirtschaft. Dass dabei der Klimaschutz oder Arbeiter\*innenrechte nicht beachtet werden können, verstehen wohl auch Kinder. Erwachsene leider nicht mehr alle. Aber es geht um den Gewinn, mit umweltschonenden Vorgehensweisen oder mit guten Arbeitsverhältnissen kann man im jetzigen System nicht mit der Konkurrenz mithalten. Wie Greta Thunberg einst an der UNO-Klimakonferenz in Katowice am 12. Dezember 2018 gesagt hat: «Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen.».

Die heutige Staatsform ist zu abhängig von der Wirtschaft, für dass sie einen wirksamen Klimaschutz

verfolgen könnte. Die Interessen der Wirtschaft widerspiegeln in keiner Weise die Interessen eines umfangreichen Klima- und Umweltschutzes. Für einen Klimaschutz, der uns für die Zukunft etwas bringt, müsste allem voran das Wirtschaftssystem geändert werden. Die Wirtschaft müsste nach Bedürfnissen ausgerichtet sein und im Rahmen einer klima-, umwelt- und somit auch menschenfreundlichen Ausrichtung stattfinden. Der Profit als oberstes Ziel hat dabei keinen Platz!

Viele kennen sicherlich den Hambacher Forst in Deutschland, dort fand in den letzten Jahren ein antikapitalistischer Klimaprotest statt. Die Regierung verband sich dort mit dem Energiekonzern RWE. Das Ziel war eine profitable Abholzung eines 12'000 Jahre alten Urwalds, einer der letzten Urwälder Europas. Damit/Dort sollte an diesem Ort Braunkohle abgebaut werden, einer der schmutzigsten fossilen Energieträger. Denn Kohle bedeutet Geld. Dank einer jahrelangen Besetzung und einer grossen sozialen Bewegung konnte die Zerstörung des Waldes knapp verhindert werden. Und trotzdem ist der Kampf um den Hambacher Forst noch lange nicht vorbei. Wie in Deutschland bezüglich Klimainteressen und Reliquien der Natur der Regierung nicht vertraut werden kann, ist das in der Schweiz dasselbe. Die Wirtschafts- und Staatsform sind dieselben und somit auch die Logik, der die Staatsoberhäupter folgen. Wir sind in der Schweiz vielleicht nicht von Kohle abhängig, sehr wohl aber von anderen umweltzerstörenden und klimaschädlichen Unternehmen auf dem Schweizer Finanzplatz. Wäre der Finanzplatz der Schweiz ein Land, dann wäre sie das sechsgrösste Land der Welt, also Australien! Auch wenn es nichts Neues ist, schadet es sicher nicht, sich dies immer wieder vor Augen zu führen: Der Bau der Dakota Access Pipeline (Keystone XL) in Nordamerika, welche eine massive Zerstörung der Umwelt und darüber hinaus des heiligen Landes der dort ansässigen indigenen Volks bedeutet, wurde unter anderem von der Credit Suisse mit 850 Millionen Dollars mitfinanziert! Ein weiteres Beispiel ist die Steinkohlemine El Cerrejón in Kolumbien, welcher zu einem Drittel Glencore gehört und dem Konzern im Jahre 2013 233 Mia. Dollar Umsatz bescherte. Auch hier wurden einheimische Völker zwangsumgesiedelt und riesige Wasservorräte verschmutzt, alles der Kohle und dem Gelde zuliebe. Diese zwei Beispiele von vielen bestätigen das vorher erwähnte Problem, dass in einer gewinnorientierten Wirtschaft kein Platz für

das Schützen und Dienen der Welt oder der Menschen ist. Solange wir in diesem System leben und wirtschaften, ist es schlicht und einfach unmöglich, die Umwelt nicht zu zerstören.

Klar, wir alle können und müssen auch selbst etwas machen. Aber sind wir ehrlich, individuelle Konsumentscheidungen sind vielleicht gut fürs Ego, aber schlussendlich nur ein kleiner Teil der Lösung! 71% des CO<sub>2</sub>-Ausstosses werden nicht von uns, sondern von nur 100 Unternehmen weltweit verursacht. Nicht wir sind somit die Schuldigen, sondern sie sind es!

Wenn wir also meinen, dass wir die Welt verändern oder gar retten können, indem wir uns ausschliesslich auf das konzentrieren, was wir konsumieren, dann haben wir es nicht begriffen. So sind wir nämlich nur ein weiterer Teil der Nachfrage, ein potenzielles Millionengeschäft für Nestlé, Unilever und Co., welche sowohl die Umwelt massiv zerstören als auch Menschenrechte stark verletzen. Wir werden auch nicht viel erreichen, indem wir der Regierung vertrauen. Wir brauchen auch nicht einfach mehr Elektroautos (liebe glp). Was wir brauchen, ist ein Systemwandel! Wir müssen weg vom umweltzerstörenden, ausbeuterischen und irreführenden Kapitalismus und hin zu einer solidarischen, bedarfsorientierten Wirtschaft! Eine wirkungsvolle Veränderung ist nur, wirklich NUR mit einer radikalen Umstrukturierung oder sogar Neustrukturierung der Wirtschaft zu erreichen. Wenn wir das nächste Mal also System Change, not Climate Change rufen, seien wir uns bewusst, was dies wirklich bedeutet. Wenn jemand die Parole Anticapitalista schreit, lasst uns mit einstimmen, denn der Zusammenhang ist nicht erfunden! Auch soll der Zusammenhang nicht verunsichern, lediglich soll er Wahrheiten an die Öffentlichkeit bringen, von denen in der Politik nicht gesprochen wird. Lasst uns nicht den Profit, sondern den Menschen und die Natur in das Zentrum unserer Wirtschaft stellen! Für die 99% der Menschen!

**System change not climate change!**

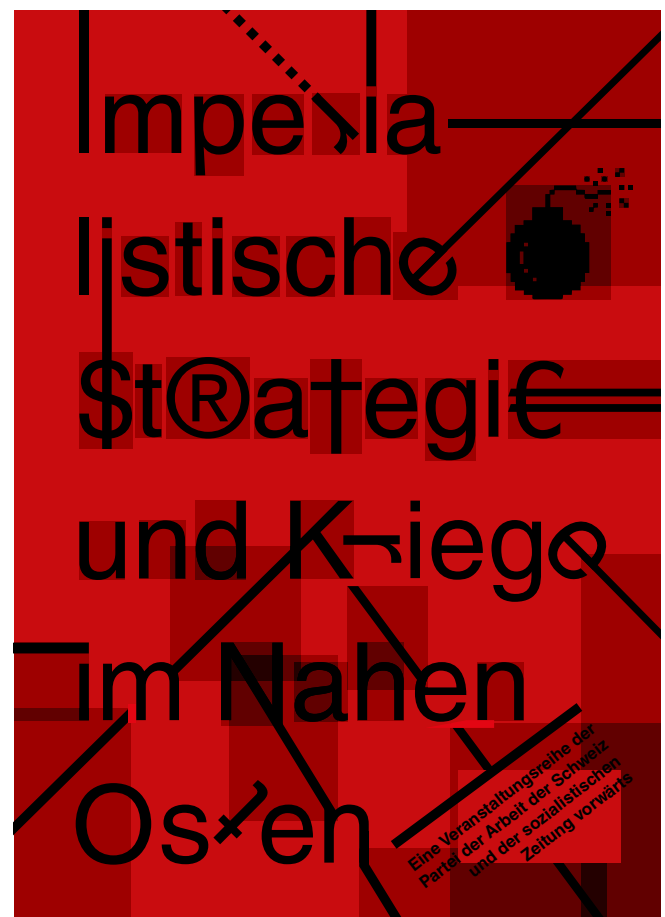
Arthur Klingl und Jasmin Moser

**Imperialistische Strategie und Kriege im Nahen Osten, Freitag 3. Mai um 19 Uhr in der Brasserie Lorraine, Säli 1. Stock, Quartiergasse 17, Bern**

Die Region des Nahen Ostens war schon seit der Antike Objekt der rivalisierenden Mächte. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde sie durch die USA zu ihrer Interessensphäre erklärt. Unter den Neocons in den USA wurde «regime change» in der gesamten Region zum Bestandteil der US-Strategie. Von aussen provozierte «Bürgerkriege» mit massiver ausländischer Intervention sollten unbotmässige Regierungen, sei es in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien, zu Fall bringen und prowestliche Regime etablieren. Die Ergebnisse sind Chaos und Kriege sowie eine fast völlige Zerstörung einiger dieser Länder mit allen bekannten Folgen.

Bei dieser Veranstaltung soll versucht werden, einen Überblick über die Hintergründe der imperialistischen Strategie und Kriege im Nahen Osten zu geben und am Ende Wege für eine friedliche Lösung dieser Konflikte aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen.

Dr. Matin Baraki, Universität Marburg,  
Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung  
Eine Veranstaltungsreihe der PdA Schweiz und der sozialistischen Zeitung vorwärts



## **EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN**

**NEIN** zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

**JA** zur Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie

## **KANTONALE ABSTIMMUNG**

**NEIN** zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe, **JA** zum Volksvorschlag  
Stichfrage: **für den Volksvorschlag!**

---

**Stadtrat Bern: Dringliche Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL)**

# **Klimamassnahmen prioritär umsetzen**

Der Klimawandel hat zu einer Klimakrise geführt. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind sich einig, dass unser Handeln in den nächsten zehn Jahren über die Zukunft der Menschheit entscheidet. Es ist Fakt: Umfassende Massnahmen müssen sofort ergriffen werden, um eine immer schlimmer werdende Klimakatastrophe zu verhindern. Das Ziel ist, die Erwärmung unter den im Pariser Klimaabkommen festgelegten 2 Grad Celsius zu halten. Denn sogar mit 1,5 Grad Klimaerwärmung kann in zehn Jahren ein Punkt erreicht werden, nach dem der Klimawandel ausser Kontrolle gerät und weitere Massnahmen nicht mehr greifen. Dies ist mit verheerenden Folgen für Natur und Menschheit verbunden. Angesichts der Schwere der Folgen und des Zeitdrucks ist unumgänglich, die Massnahmen gegen die Klimakrise nicht nur tatkräftig, sondern auch sofort umzusetzen – und deshalb auch, sie zu priorisieren. Die Stadt Bern kann und muss regional handeln, um dieses globale Problem anzugehen. Dazu hat sie bereits Pläne ausgearbeitet.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat, die folgenden Forderungen als unterstützende Massnahmen zu betrachten und umzusetzen:

1. Massnahmen zum Klimaschutz müssen vom Gemeinderat priorisiert umgesetzt werden. In

einem Bericht soll er zu den einzelnen Punkten seiner Klimastrategie darlegen, welche zusätzlichen Massnahmen er ergreifen will, um der gebotenen Dringlichkeit bei der Umsetzung gerecht zu werden. 2. Bei allen Geschäften soll ihre positive oder negative Wirkung auf den Klimawandel in der gemeinderätlichen Begründung zuhanden des Stadtrats abgewogen und beschrieben werden.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Die Stadt Bern muss schnell handeln, um ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Es ist notwendig, dass man sich bei allen Geschäften des Stadtrats fragt, welche Auswirkungen sie auf unsere Umwelt haben. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, bis sich drohende Auswirkungen, wie z.B. das Aussterben der Bienen, auch in Bern zeigen werden.

Bern, 28. März 2019

---

## **Klimastreik 15. März 2019**

# **Let's talk about our Banks**

Hallo zämä. In unserer Rede geht es heute um Klimagerechtigkeit: nämlich darum, die Verantwortlichen für die Klima Krise zur Rechenschaft zu ziehen: unter anderem unsere Banken. In 17 Schweizer Städten wird heute über dieses Thema gesprochen und das, das ist erst der Anfang!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Das Eis schmilzt, der Meeresspiegel steigt, mehr und mehr Wetterextreme, Hitzewellen und Dürren... ja, die Klimakrise ist da, jetzt! Und wer ist verantwortlich?

Etwa wir, die kleine Schweiz?

Ja, aber sicher!! Denn etwas wird uns verschwiegen. Etwas wurde uns weder in der Schule erzählt, noch haben die Medien gross darüber berichtet. Die Schweiz ist flächenmässig das 130 grösste Land der Welt. Doch wenn die Schweiz als Finanzplatz ein Land wäre, dann würde die Schweiz an 6. Stelle der weltweit grössten Co2 Verschmutzer\*innen stehen. Stellen wir uns das mal vor, das 130 grösste Land steht also auf Platz 6 der Co2 Ver-

ursacher\*innen! Denn laut einer Studie von Greenpeace investieren die UBS und die Credit Suisse Milliarden in einige der weltweit kohlenstoff-intensivsten Unternehmen und Projekte und lenken uns dabei mit ihrem profitorientierten Handeln immer weiter in die Klimakrise hinein. Damit zerstören sie die Gegenwart und Zukunft aller Lebewesen. Das können wir doch nicht einfach so akzeptieren, oder?

Die beiden Banken UBS und Credit Suisse finanzieren insgesamt 47 Unternehmen, die fossile Brennstoffe abbauen. Diese bohren nach Öl in der Arktis und der Tiefsee, roden Wälder um Kohle abzubauen und exportieren verflüssigtes Erdgas in Nordamerika. Sie bedrohen mit ihren dreckigen Pipelines Land und Existenz von indigenen Gemeinschaften. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, unterstützen 11 von diesen 47 Unternehmen auch noch aktiv die Verleugnung des Klimawandels.

Durch diese Finanzierungen verantworten die beiden Banken UBS und Credit Suisse allein im Jahr 2017 mehr als zweimal so viele Treibhausgasemissionen wie die gesamte Bevölkerung und alle Industrien in der Schweiz zusammen. Für 2/3 davon ist übrigens die Credit Suisse verantwortlich!

Habt ihr das gewusst?? Zwei Banken verursachen mit ihren Finanzierungen doppelt so viele Treibhausgasemissionen wie 8.5 Millionen Menschen und alle Industrien in der Schweiz zusammen! PAUSE

Und wisst ihr was? Diese finanzierten Emissionen der Banken sind nicht etwa gesunken, nein sie sind zwischen 2015 und 2017 sogar stark angestiegen. Und dies obwohl 2015 das Pariser Abkommen verabschiedet wurde! Mau ehrlich, das chas doch nid siiii!!

Da wird ig eifach grad hässig. Da gebe ich mir jeden Tag Mühe, die Klimakrise durch mein Handeln nicht noch mehr voran zu treiben und was machen die Schweizer Banken? Sie denken nur an ihren Profit und ihnen ist scheissegal, wenn sie die Welt zerstören. PAAUSEEEEE Solange nur das Portemonnaie dicker wird, ist ihnen egal, wenn die Luft zum Atmen und der Rest der Welt vor Hunger dünner wird!!!!

Die Banken scheinen das Wort «Nachhaltigkeit» nur als Marketingstrategie zu kennen. Besucht

mensch die Website der Credit Suisse, vermittelt diese den Eindruck, dass sie sich ach so aktiv an der Bekämpfung der Klimakrise beteiligt.

Liebe Credit Suisse Kund\*innen, liebe UBS- Kund\*innen, uhs, was für falsche Versprechen, denn eure Banken sind leider überhaupt nicht ökologisch, im Gegenteil, sie zerstören durch ihr Profitstreben die Erde Tag für Tag und indem wir unser Geld bei diesen Banken anlegen, unterstützen wir diese dreckigen Geschäfte.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns alle von diesen dreckigen Geschäften befreien, indem wir Bank wechseln und unser Geld an einem anderen Ort anlegen, wo ethische Standards über Profitmaximierung stehen. Deshalb wollen wir alle darauf achten, dass mit unserem Geld nur nachhaltige Projekte finanziert werden und nicht solche, welche die Natur zerstören.

Um die Klimakatastrophe aufzuhalten, soll die Schweiz die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf Netto 0 bringen. Darum müssen die Schweizer Grossbanken aus diesen dreckigen Geschäften mit fossilen Energien aussteigen!

Was wollen wir? wir wollen Klimagerechtigkeit, was bedeutet, dass die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Und dazu gehören sowohl Grosskonzerne, als auch unsere Banken!

Ich frage noch einmal: was wollen wir? Klimagerechtigkeit. Wann wollen wir sie? Jetzt!!!

Nationale Rede verfasst von der Arbeitsgruppe «Aktivismus-Bank»

---

**Kantonale Mitgliederversammlung**  
**PdA POP Bern, Montag, 29. April 19:30**  
im PdA Lokal im 1.Stock der Brasserie Lorraine,  
Quartiergasse 17, Bern

---

#### Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern  
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern  
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch  
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9

---

## Strukturelle Ausbeutung im Kapitalismus

**Den Krieg gegen die Bedürftigen will die Sozialhilfegesetz-Vorlage des bernischen Grossrats mit der Senkung des Grundbedarfs und einem Anreizsystem intensivieren, der Volksvorschlag will diese unheilvolle Entwicklung stoppen und «Chancen statt Anreize» bieten. Am 19. Mai hat das Stimmvolk die Wahl zwischen den beiden Vorlagen.**

Die Neoliberalen unternehmen ständig neue Anstrengungen, um Bedürftige noch stärker abzustrafen. Auf deren politischen Druck musste die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe Skos die Ansätze für den Grundbedarf bereits senken. Auch der letzte Coup, die unkontrollierte Überwachung von Versicherten, ist gelungen. Die Bedürftigen werden unter Generalverdacht gestellt, die Reichen und grossen Unternehmen dagegen mit Steuergeschenken belohnt. Jetzt arbeiten Bürgerliche in den Kantonen daran, die Sozialhilfe generell um einen Prozentbetrag zu kürzen. Wer «kooperiert», ist dann Kandidat\*in für den Trostpreis und kann einen Teil des gekürzten Betrags doch noch bekommen.

Im Kanton Bern soll die Sozialhilfe mit der Gesetzesvorlage des Grossrats gekürzt werden. Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt soll um 8 bis 30 Prozent gesenkt werden. Die Kürzungen treffen alle, Alleinerziehende, Kranke und Behinderte und Kinder, die fast einen Drittel der Beziehenden ausmachen. Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» reichte die notwendigen Unterschriften ein für den Volksvorschlag und führt die Kampagne. Im Komitee sind neben der PdA die Parteien Grüne, SP, EVP und ihre Jungparteien vertreten, ebenso wie Gewerkschaften, der Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz AvenirSocial und viele Organisationen und Verbände aus dem Sozialbereich.

### Fakten statt Vorurteile

Zentraler Punkt im Volksvorschlag ist die Einhaltung der Skos-Richtlinien. Wichtig ist auch Artikel Art. 72b (neu) - «Bildung und Qualifizierung». Der fordert «bedarfsgerechte Angebote zur Förderung von Grundkompetenzen und zur beruflichen Qualifizie-

rung», die eine Integration in den Arbeitsmarkt und eine berufliche Grundbildung erleichtern. Auch für Personen, die von Armut bedroht sind, aber noch nicht von der Sozialhilfe unterstützt werden, sollen die Angebote offen stehen. Unterstützte Personen sollen zur Teilnahme an Angeboten verpflichtet werden können.

Gegen die offizielle Gesetzesvorlage, aber für den Volksvorschlag und eine angemessene Sozialhilfe im Kanton setzt sich der Verein Faire Sozialhilfe ein. Er will dazu beitragen dass die politische Auseinandersetzung gestützt auf Fakten und nicht auf Vorurteilen geführt wird.



Mehr als sich nur in der bevorstehenden Berner Abstimmung engagieren will die Gruppe Verkehrt. Sie wehrt sich seit über zwei Jahren gegen «die unmenschlichen und konzeptlosen Sparübungen in der Sozialhilfe». Ihr geht es grundsätzlich um strukturelle Ausbeutung im Kapitalismus.

Damian Bugmann, Redaktor im vorwärts